

## **Neue Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation ILO gibt den unsichtbaren ArbeiterInnen Rechte**

*Respect Berlin: In Deutschland müssten Gesetze geändert werden, um die Diskriminierung von HaushaltsarbeiterInnen zu beenden*

Berlin, den 17 Juni 2011

Gestern, am 16. Juni, hat die ILO auf ihrer 100ten Internationalen Arbeitskonferenz ein neues Übereinkommen (Nr.189) für den Schutz der Arbeitsrechte der HaushaltsarbeiterInnen weltweit angenommen. Dieses neue Übereinkommen ist Ergebnis eines langen und erfolgreichen Kampfes von vielen verschiedenen HaushaltsarbeiterInnen-Organisationen auf internationaler Ebene.

Wir, Respect Berlin, begrüßen diese neue Konvention, da zum ersten Mal ein bisher unsichtbarer Sektor anerkannt wird und eine Norm für ArbeitnehmerInnenrechte erhält. Wir betrachten dieses Übereinkommen als Fortschritt, weil es einen bisher informellen Sektor reguliert, in dem überwiegend Frauen und, in Europa, MigrantInnen arbeiten.

Dieses neue Übereinkommen gibt den HaushaltsarbeiterInnen die gleichen Rechte wie allen anderen ArbeitnehmerInnen. Mit den Konvention 189 wird beabsichtigt, die Diskriminierung von HaushaltsarbeiterInnen, unter anderem beim Mindestlohn, bei der Sozialversicherung und bei den Arbeitszeiten, zu beenden.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass in Deutschland in diesem Sektor viele Migrantinnen, darunter einige ohne Papiere, arbeiten. Sie führen eine für diese Gesellschaft notwendige Arbeit aus, aber die Migrationspolitik hält sie in der „Illegalität“ und zwingt sie, unter prekären Arbeitsbedingungen zu arbeiten, obwohl die gesetzlichen ArbeitnehmerInnenrechte für sie genauso gelten wie für alle anderen.

Wir als Respect Berlin fordern die Ratifizierung dieser neuen ILO-Konvention durch Deutschland. Zugleich müssen wir klarstellen, dass die Nicht-Diskriminierung von HaushaltsarbeiterInnen in Deutschland erst dann wirksam werden kann, wenn ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt und das Recht auf Sozialversicherung für alle Beschäftigten eingeführt, d. h. die Mini-Job-Regelung abgeschafft wird. Auch das Zuwanderungsgesetz müsste in seiner jetzigen Form abgeschafft werden.

Kurzfristig fordern wir die Abschaffung des Paragraphen 87 Aufenthaltsgesetz, der öffentliche Stellen verpflichtet, ImmigrantInnen ohne Papiere zu denunzieren. So könnten diese ihre Arbeitsrechte ausüben und wenn notwendig auch vor Gericht einfordern, ohne Angst haben zu müssen, dass dies eine Abschiebung nach sich zieht.

### **Respect Berlin**

Respect Berlin ist Teil des europäischen Respect-Netzwerks für die Rechte der ImmigrantInnen in der Haushaltsarbeit

Für Rückfragen: [respectberlin@gmx.net](mailto:respectberlin@gmx.net) oder 0173 600 1917